sehr zeitgemäße Satire. Ausgezeichnet spielten die Damen: Lent Wiefer als rassige Diva Dekree und Käthe Braun, die als Lizzi in fein abgetöntem, sympathischem Spiel tieferen Eindruck hinterließ. Das Stimmenmaterial der Meißner Spieler verdient alle Anerkennung. Die reizvollen eingestreuten Soli und Duette fanden wohlverdienten Beifall. Das Orchester bot unter Walter Schreibers Leitung eine wackere Leistung. Der Besuch des Abends war gut, nur auf dem Sperrsitz klafften nicht wenig leere Reihen.

—* **Zurück zum Boden.** Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Unter dem Eindruck der Ernährungsnöte während des Krieges infolge der Hungerblockade drängte sich allgemein die Erkenntnis auf, daß die einheimische Erzeugung an Nahrungsmitteln nach Möglichkeit gesteigert werden müßte. Hierzu gesellte sich die große Zahl der Arbeitslosen infolge der Schwierigkeiten in der Industrie. Zurück aufs Land! hieß die Losung. Umsiedlung im großen war das Ziel. Aber bald mußte man erkennen, daß sich der Gründung von Neusiedlungen infolge der hohen Bau- und Inventarkosten erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen und daß außerdem ein großer Teil der Stadtbevölkerung sich für die Ansiedelung auf dem Lande nicht eignet. Mehr und mehr bricht sich auch die Erkenntnis Bahn, daß die innere Kolonisation den Siedlungsgedanken bei weitem nicht ausfüllt, sondern daß es sich dabei um ein Wohnungs-, Wirtschafts- und noch darüber hinaus um ein Kulturproblem schlechthin handelt, die Stadt- und Industriebevölkerung ist entwurzelt und die Losung muß jetzt heißen: Zurück zum Boden! Damit ist der leitende Gesichtspunkt für die Siedlungspolitik gegeben. Kann wegen der hohen Baukosten nicht gebaut werden, so muß nach Möglichkeit wenigstens Gartenland bereitgestellt werden. In diese Gedankengänge, die gegenwärtig im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, sowie alle wichtigen einschlägigen Fragen des Siedlungswesens, seinen Ausbau, Bodenfragen, Finanz- und technische Fragen sowie das Kleingartenwesen führt ein von der Landessiedelungsgesellschaft unter dem Titel „Zurück zum Boden" herausgegebener Leitfaden (Verlag Oskar Laube, Dresden) in kurzer, gemeinverständlicher Form ein. Der Abdruck aller für das Siedlungswesen in Sachsen einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonst wichtiger Materialien hilft einem in der Praxis längst empfundenen Mangel ab.

—* **Aufforderung an die Arbeitgeber.** Unter dieser Ueberschrift erläßt das Kreisamt für Kriegerfürsorge im amtlichen Teil vorl. Nr. eine Bekanntmachung, betr. Beschäftigung von Schwerbeschädigten, auf die hiermit besonders hingewiesen sei.

—* **Wiederzusammentritt des Landtages.** Der Sächsische Landtag wird am 8. November zu seiner Wintertagung zusammentreten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen drei Regierungsvorlagen sowie mehrere Anträge betr. die Hilfe für die Sozialrenter.

—* **Einen Schritt vorwärts.** Unter dieser Ueberschrift versendet der sächsische Minister des Innern Richard Lipinski durch die Staatskanzlei einen Artikel, aus dem wir folgendes entnehmen: Der sächsische Gemeindetag, der zwei Drittel der sächsischen Bevölkerung verkörpert, hat auf seiner Chemnitzer Tagung den Vorentwurf einer Gemeindereform als eine geeignete Grundlage für einen Gesetzentwurf erklärt und die Dringlichkeit der Gemeindereform anerkannt. Der Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt und bedeutet eine moralische Stärkung der Regierung . . . Nach dem Regierungswechsel im Dezember 1920 kündete die neue Regierung an, daß für die Gemeindereform eine Gesetzesvorlage dem Landtage zugehen würde. . . . Ich griff die Gedanken des Schriftstellers Fischer auf und gab ihm den Auftrag, einen Entwurf auszuarbeiten, der folgerichtig die Selbstverwaltung der Gemeinde auf breitester Grundlage aufbaute, die Bürgermeisterverfassung vorsah, also das Zweikammersystem beseitigte und die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften erstrebte. Der Entwurf erstand. Er führte das Prinzip der Selbstverwaltung durch und deutete einige offene Fragen, so die Gemeindeverbände und die Beseitigung der Kreishauptmannschaften, nur an. Es ist verfehlt, den Vorentwurf auf seine juristische Formulierung hin zu kritisieren. Sein Wesenskern ist der einheitliche Aufbau der Gemeindeverfassung, die folgerichtige Durcharbeitung des Prinzips der Selbstverwaltung und daß mit seiner Veröffentlichung aus der theoretischen Erörterung zur praktischen Durchführung der Gemeindereform geschritten wurde. Scheidet man die juristische Erörterung aus und hält sich an das Prinzip, so ergab der Gemeindetag ein überraschendes Resultat. Der Vorstand wollte die Reform hinausschieben, er wollte eine Studienkommission eingesetzt wissen, die sich wieder mit der vom Reichsstädtetag eingesetzten Studienkommission in Verbindung setzen sollte. Die Gemeindegesetzgebung ist immer ein Privileg der Einzelstaaten gewesen. Deshalb bestehen allein in Preußen mehrere Gemeindeverfassungen, die nach der wirtschaftlichen Struktur der Provinzen völlig verschieden sind. Dazu kommen die Gemeindeverfassungen der anderen Länder. Sie alle zu studieren, das Beste davon auswählen, oder gar auf das Reichsgemeindegesetz warten, hieß die Reform für Sachsen auf Jahre hinausschieben. Und nun treten die Referenten auf. Einer nach dem andern erklärte, daß im Prinzip der Vorentwurf eine geeignete Grundlage für eine Gesetzesvorlage sei. Selbst die besoldeten Ratsmitglieder erklärten zwar ihre Bedenken wegen der Gefährdung ihrer Stellung, erklärten sich aber für die Reform und ließen durch ihren Redner verkünden, daß sie sich auch zur Verfügung stellen würden, wenn die lebenslängliche Anstellung fallen würde. War so schon Klarheit für die Gemeindereform geschaffen, so wurde die Erörterung der Bezirksverbände für diese zur Katastrophe. Der erste Berichterstatter, der zur Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften Stellung nahm, bekannte, daß er erst Gegner der Kommunalisierung gewesen sei, daß er aber durch das Studium der Frage zur gegenteiligen Auffassung gekommen sei; er bejahte die Notwendigkeit. Der zweite Berichterstatter, Gemeindevorstand Kleinhempel, brach über die Bezirksverbände den Stab. Trotz ihres fast 50jährigen Bestehens seien sie nie bodenständig geworden, hätten sich nie eingebürgert. Er trat für ihre Beseitigung und den Ausbau der Gemeindeverbände ein. Die Vertreter der Landgemeinden hatten tags zuvor gegen zwei Stimmen sich für die Reform erklärt. Der Gemeindetag lehnte die Studienkommission als versuchte Verschleppung ab. Wenn auch die Regierung die Resultate einer solchen Studienkommission nicht abzuwarten brauchte, so wäre ein solcher Beschluß doch eine gewisse Hemmung der Reform gewesen. Der Gemeindetag erkannte den Vorentwurf als geeignete Grundlage für einen Gesetzentwurf an und erkannte die Dringlichkeit der Gemeindereform an. Damit lehnte er die autokratische Verwaltungsform ab, forderte die konsequente Durchführung der freien Selbstverwaltung für alle Gemeinden und Bezirke und bekannte seinen Willen zur Gemeinschaftsarbeit in Gemeinde und Staat. Dadurch gewinnt der Beschluß des Gemeindetages an politischer Bedeutung und wirkt für eine Stärkung der Regierungspolitik. Nun gilt es, die Einwände zu prüfen, die sachlichen zu verarbeiten, den Rohbau zu vollenden, die Sachkundigen zur Ueberprüfung heranzuziehen und dann den so ausgefeilten Entwurf dem Landtage zu unterbreiten. Wenn guter Wille vorhanden ist, viel studiert und gut gearbeitet wird, alle Faktoren zusammenwirken, dann kann die Gemeindereform im Sommer 1922 vollendet sein.

—* **Zur Frage der sog. Immunität der Gemeindevertreter** für Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes schreibt der Vizepräsident im Landtage, Landtagsabgeordneter Dr. Wagner, den „Dr. N.": „Die Bestimmung in dem Vorentwurf über die Gemeindeverfassung, wonach Gemeindevertreter wegen Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes strafrechtlich nicht verfolgbar sein sollen, ist mit dem Reichsrecht nicht vereinbar und würde ungültig sein. Das Strafrecht und das Strafprozeßrecht ist ausschließlich Sache der Reichsgesetzgebung, und die Landesgesetzgebung kann nur eingreifen, soweit die Reichsgesetzgebung das ausdrücklich zuläßt. Hinsichtlich der Immunität ist eine solche Möglichkeit nur im Paragraph 6 Ziffer 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung gegeben, aber nur für die gesetzgebenden Versammlungen der Einzelstaaten, zu denen die Gemeindevertretungen bekanntlich nicht gehören. Diesen klaren Rechtsstand hat die, auch damals rein sozialdemokratische sächsische Regierung am 11. März 1919 in der Volkskammer bei der Beratung des Antrages Bühring wegen Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden selbst anerkannt und betont. (Stenogr. Bericht, S. 364.) Die Frage ist hiernach ohne weiteres im verneinenden Sinne erledigt. Wenn jene Bestimmung im Vorentwurf überhaupt erscheinen konnte, so liegt das offenbar nur daran, daß an diesem Entwurf kein Jurist mitgearbeitet hat."

—* **Zunahme der Knabengeburten in Sachsen.** Der Direktor des sächsischen Statistischen Landesamtes, Geheimrat Prof. Dr. Würzburger, sprach in Dresden über Bevölkerungsveränderungen durch den Weltkrieg. Der Geburtenausfall sei auf 3,5 Millionen Menschen in Deutschland zu veranschlagen, sei also erheblich größer als der fast 2 Millionen betragende Verlust auf den Schlachtfeldern. Vor dem Kriege gab es in Sachsen jährlich im Durchschnitt 41000 Eheschließungen. In den Kriegsjahren 1914/18 sind aber nur 141000 statt 205000 Ehen geschlossen worden. Bis Ende 1920 ist aber nicht nur der Fehlbetrag von 64000 Ehen eingeholt, sondern noch ein Ueberschuß von 16000 erzielt worden. Bis Mitte 1921 hat er sich um weitere 10000 vermehrt. Anscheinend sei diese Epoche außergewöhnlicher Heiratslust noch nicht zu Ende. Die Heiratslust hat viel zur Wohnungsnot beigetragen. Seit Mitte 1919 überwiegen die Geburten wieder die Sterbefälle. Das Verhältnis der Knabengeburten zu den Mädchengeburten hat sich geändert. Während früher auf 100 Mädchen 106 Knaben kamen, entfallen jetzt auf 100 Mädchen 109 Knaben. 1916 starben 238000 Menschen, während normaler Weise nur 175000 hätten sterben müssen. Das Mehr von 63000 ist eine Wirkung der Hungerblockade. Im ganzen Reich beträgt das Mehr an derartigen Sterbefällen 750000. Also der Geburtenausfall des Krieges wird sich noch auf Generationen hinaus bemerkbar machen.

—* **Die Abfertigung an den Hauptkassenschaltern** wird häufig dadurch verlangsamt, daß viele Reisende mit größerem Papiergeld bezahlen, wodurch zeitraubendes Wechseln und Herausgeben von Kleingeld notwendig wird. Wenn auch der bestehende Kleingeldmangel zum Teil hieran Schuld ist, so möchte doch jeder Reisende mit dazu beitragen, daß die glatte Abwicklung des Fahrkartenverkaufs besonders zu den Hauptverkehrszeiten nicht durch Hingabe großer Geldscheine zum Wechseln unnötig gehemmt wird, zumal die Eisenbahn auf Grund der Eisenbahn-Verkehrsordnung verlangen kann, daß das Fahrgeld abgezählt entrichtet wird. Weiter wird auch darauf hingewiesen, daß amtliches Notgeld nur an den Eisenbahnschaltern innerhalb des Bezirks angenommen werden kann, in dem es Gültigkeit besitzt.

—* **Der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter** hat die sächsischen Handelskammern zu einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium veranlaßt. Die Handelskammern weisen darauf hin, daß für Deutschland eine Verpflichtung bestehe, das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit unbedingt zu ratifizieren. Eine übereilte Ratifikation würde die unwiderrufliche Bindung an ein für die deutsche Volkswirtschaft heute oder später verhängnisvolles Einhalten des zum Gesetz erhobenen Abkommens auf 10 Jahre nach sich ziehen. Bis jetzt seien nur Griechenland, Rumänien und die Tschechoslowakei dem Abkommen beigetreten, also kein einziger großer Staat. Durch eine Unterzeichnung des Abkommens würde Deutschland sich auch noch den letzten Ausweg verschließen, durch den es sich wieder zur Höhe emporraffen könnte: das Recht auf Arbeit. Würde dem deutschen Volke auch dieses Recht verkürzt, so könne es notwendigerweise seine Verpflichtungen nicht erfüllen und habe dann die weltwirtschaftlichen Verhaltungsmaßnahmen der Entente zu gewärtigen, oder aber, es werde das Washingtoner Abkommen verletzen müssen. Die Handelskammern fordern daher entschiedene Ablehnung einer völkerrechtlichen Bindung, treten aber für staatliche Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter ein. Die Erfahrungen mit dem Achtstundentag ließen ein abschließendes Urteil noch nicht zu. Dagegen sollte, so schlagen die Handelskammern vor, lediglich eine grundsätzliche Regelung durch ein Rahmengesetz geschaffen werden. Den beiderseitigen Organisationen soll die Selbstbestimmung über die Dauer und Einteilung der regelmäßigen Arbeitszeit unter Anlehnung an die wirtschaftlichen Bedürfnisse überlassen werden. Nur so würde das Wirtschaftsleben vor schädlichen Gleichheiten bewahrt werden. Zum Schlusse schlagen die Handelskammern verschiedene Aenderungen zu dem Gesetzentwurf vor.

* **Zeithain.** Am Freitag, den 14. d. M. findet in der Schule öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung ist an den Bekanntmachungstafeln angeheftet.

Lommatzsch. Wegen Unterschlagung wurde ein in einem hiesigen Baugeschäft tätiger 19jähriger Kontorist von der Polizei festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Dieser junge Mann mit anscheinend flotten Gewohnheiten hatte für seine Firma Rechnungen einkassiert und die Beträge für sich behalten; wie hoch sich diese belaufen, muß erst noch festgestellt werden, man schätzt sie auf etwa 3000—5000 M.

Oschatz. Vor etwa 14 Tagen war berichtet worden, daß in einer hiesigen Villa nachts 11 Uhr unter der Angabe, ein Telegramm abgeben zu müssen, von einem angeblichen Postboten Einlaß begehrt worden sei. Jetzt wird hierzu mitgeteilt, daß die Sache sich aufgeklärt hat. Es liegt nur grober Unfug, von jungen Leuten verübt, vor. Der Polizei ist es gelungen, die Täter zu ermitteln, die strenge Bestrafung zu gewärtigen haben.

* **Dresden.** In Dresden trat in den letzten Tagen ein unbekannter Butterhändler auf, der das Pfund Butter zu 28 Mark anbot. Er ließ sie durch eine Vertrauensperson abliefern und die Zahlung in Empfang nehmen. Beim Durchschneiden der Butter ergab sich, daß sie in der Mitte einen Papierbeutel mit Salz enthielt, der die Hälfte des ganzen Gewichts ausmachte. Da der Betrüger noch nicht festgenommen werden konnte, steht die Möglichkeit offen, daß er sich nach anderen Städten Sachsens wenden wird, um seine Schwindeleien fortzusetzen.

Dresden. In Dresden brachte ein älterer Handwerker in seiner Wohnung Treibkörper, vermutlich Militärmunition zur Entladung, um sich so das Leben zu nehmen. Die Explosion verletzte ihm am Gesicht und an den Händen und richtete erheblichen Schaden in der Wohnung sowie in dem Gebäude an. Die Feuerwehr mußte eingreifen, um den durch die Explosion entstandenen Brand zu löschen.

Löbau. Zur Verbilligung der Brennholzversorgung an die minderbemittelte Bevölkerung hat die Stadt 15000 M bewilligt. In Frage kommen gegen 500 Haushalte, wovon 382 Haushalte bereits beliefert worden sind. Jeder Haushalt erhält einen halben Kubikmeter Holz zum Preise von 25 M. Der Stadt selbst kostete er 55 M, so daß sie jedem Haushalte 30 M zuschießt. Es soll versucht werden, einen Teil

Auf falscher Fährte.

Kriminalroman von C. Andersen. 6

„War er im Besitz des Geldes?"

„Nein, er hatte nur 2005 Kronen bei sich. Wahrscheinlich hat er das übrige irgendwo in Sicherheit gebracht, aber wir werden ihm wohl auf die Spur kommen. Nun darf ich wohl annehmen, daß Sie sich als befriedigt erklären werden?"

„Ja, ich werde wohl müssen; die Beweise sind geradezu überwältigend."

Darauf nahm Axel Abschied und ging, unzufrieden mit sich selber, nach Hause. Sein Instinkt als Detektiv hatte ihn nämlich zum ersten Mal auf einen falschen Weg geführt und er konnte selbst mit dem besten Willen nicht anders als zugeben, daß er von einer irrigen Ansicht ausgegangen war, als er an der Täterschaft Bloms gezweifelt hatte.

Daheim angekommen, vertiefte er sich in einige Briefe, die den Betrugsfall betrafen, aber er konnte sich nicht lange ruhig damit beschäftigen, weil er bald durch den Klang der Türglocke gestört wurde. Einen Augenblick später kam seine Wirtin herein und meldete, daß ihn eine verschleierte Dame zu sprechen wünsche. Sie lasse sich nicht abweisen, trotzdem sie ihr erklärt habe, daß er für den Augenblick zu beschäftigt sei, als daß er jemand empfangen könne.

„Ersuchen Sie die Dame einzutreten!" sagte er.

Die Wirtin ging und Axel ordnete schnell die Papiere, die vor ihm lagen und schob sie beiseite. Bald darauf trat eine große, dicht verschleierte und dunkelgekleidete Dame ein.

„Ich muß Sie um Entschuldigung bitten, daß ich Sie störe," sagte sie. „Aber ich hoffe, Sie sehen später ein, daß die Wichtigkeit meines Anliegens meine Dreistigkeit erklärt."

Axel erklärte, daß ihr Besuch ihm weder Störung noch Zeitverlust verursache und bot ihr einen Stuhl an, während er sich vergeblich zu entsinnen suchte, wo er ihre Stimme bereits gehört hatte.

Die Dame nahm Platz und schlug den Schleier zurück.

„Fräulein Dahl!" rief Axel überrascht aus.

„Ja, ich bin es, antwortete die junge Dame. „Und ich komme nicht allein deshalb zu Ihnen, weil Sie Polizeimann sind, sondern auch, weil ich bei unserer flüchtigen Begegnung von Ihnen den Eindruck erhalten habe, daß Sie ein Mann von Ehre sind und nicht verraten werden, was ich Ihnen mitzuteilen habe."

„Vorausgesetzt, daß es nicht in Widerspruch mit meinen Pflichten als Polizeibeamter kommt, können Sie getrost auf mein Stillschweigen rechnen," antwortete Axel.

„Ich darf wohl annehmen, daß Sie bereits die Ursache meines Erscheinens ahnen?"

Axel nickte.

„Es kann sich nur um eine einzige Sache handeln, die uns mit einander in Verbindung bringt, Fräulein Dahl. Mithin bedarf es keines besonderen Scharfsinns, um zu erraten, um was es sich handelt. Dagegen will ich nicht leugnen, daß ich mit Interesse den Aufklärungen entgegensehe, die Sie mir zu geben haben."

„Sagen Sie mir vor allem Ihre ehrliche und aufrichtige Meinung, glauben Sie, daß Herr Blom der Schuldige ist? Aber nur keine diplomatische Antwort!"

„Ich muß gestehen, daß mir, sobald ich mich mit den Umständen des Diebstahls bekannt machte, mein Instinkt sagte, daß Blom nicht der Täter sein könne und mein Instinkt hat mich sonst noch nie betrogen. Jetzt aber —"

„Jetzt aber?" fragte sie gespannt.

„Nun, Fräulein, Sie haben wohl schon vernommen, daß Blom in Liverpool verhaftet und im Besitz von Banknoten gefunden worden ist, deren Nummern sich auf dem Verzeichnis befinden!"

„Ach Gott, nein! — Das habe ich noch nicht vernommen! Aber es ist unmöglich! Es muß unmöglich sein, daß er diese Banknoten besessen hat!"

Axel schüttelte den Kopf.

„Ein Irrtum kann nicht stattgefunden haben," sagte er. „Und es wird sich sicher nur allzuschnell bestätigen, daß es sich richtig verhält."

Die junge Dame versank einen Augenblick in tiefe Gedanken.

„Nein, nein, ich kann es doch nicht glauben!" rief sie darauf, indem sie sich mit Gewalt ihren Gedanken entriß. Ich muß mich Ihnen nun einmal anvertrauen, denn Sie werden sich besser in dem Netz zurecht zu finden wissen als ich, in das Blom verwickelt ist."

„Sie können mir vollkommen vertrauen, Fräulein," sagte Axel. „Was ich zu tun vermag, soll getan werden."

„Nun wohl! Ich bin seit drei Monaten mit Blom verlobt!"

Axel hatte Mühe, seine Ueberraschung zu verbergen. Dies hatte er nicht zu hören erwartet.

„Ja, das heißt," fuhr sie fort, „die Verlobung ist noch nicht deklariert und Karl hat noch nicht mit Vater gesprochen, aber wir hatten allen Grund zur Annahme, daß er sich unserer Verbindung nicht widersetzen würde — er hat halb im Scherz, halb im Ernst bereits gewisse Andeutungen in dieser Hinsicht gemacht. Wenn Karl noch nicht mit ihm gesprochen hat, so geschah dies bloß deshalb, weil er seinen Onkel und seine Tante, die in Jütland wohnen und die er einst beerben soll, bewegen wollte, ihm ein gewisses Kapital zu überlassen, damit er als Teilhaber in Vaters Geschäft eintreten könnte. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde ihm dort kein Hindernis in den Weg getreten sein, weil Onkel und Tante keine Kinder haben und natürlich das Geld verzinst worden wäre. Um diese Angelegenheit ins Reine zu bringen, hat er Urlaub genommen, um nach Jütland hinüber zu reisen."

„Aber Fräulein, wenn Sie weder begreifen noch glauben können, daß Blom der Täter ist, so werden Sie doch bestimmte Gründe dafür anzugeben vermögen?"

„Gründe, nein, solche Gründe, die das Gericht als stichhaltig betrachten würde, kann ich nicht angeben. Aber ich habe ihn schon als Kind gekannt, er ist 14 Jahre bei meinem Vater angestellt gewesen. Ich zählte 7 Jahre, als er eintrat und in den ersten 5 Jahren wohnte er als Volontär bei uns im Hause. Später hat er in der Regel bei uns zu Mittag gegessen und ist auch zu jeder Gesellschaft in meinem Elternhaus eingeladen worden. Darum weiß ich, daß er sich unmöglich einer solchen Handlung schuldig gemacht haben kann. Im Anfang verkehrte ich mit ihm wie mit einem älteren Bruder und er behandelte mich als ein Kind; denn ich war ja auch bedeutend jünger als er. Und selbst, nachdem ich erwachsen war, trat keine eigentliche Veränderung in dem halb vertraulichen Verhältnis ein, das zwischen uns bestand."

„Haben Sie inbezug auf den Diebstahl Verdacht gegen einen anderen?" fragte Axel. 256,20

„Nein, ich kann mir nicht denken, wie es geschehen ist."